

Sächsische Elbzeitung.

Amts- und Anzeigebblatt

für das Königl. Gerichtsamt und den Stadtrath zu Schandau und den Stadtgemeinderath zu Hohnstein.

Die „Sächs. Elbzeitung“ erscheint **Mittwoch** und **Sonnabend** und ist durch alle Postanstalten, sowie durch die Expedition dies. Bl. für **1 Mark** vierteljährlich zu beziehen. — Inzerate für das Mittwochsbblatt werden bis **Dienstag früh 9 Uhr**, für das Sonnabendblatt spätestens bis **Freitag früh 9 Uhr** erbeten. — Preis für die gespaltene Corpuzelle oder deren Raum **10 Pf.**, Inzerate unter 5 Zeilen werden mit **50 Pf.** berechnet, (tabellarische oder complicirte nach Uebereinkunft.) — Inzerate für die Elbzeitung nehmen an in **Hohnstein** Herr Bürgermeist. Hesse, in **Dresden** und **Leipzig** die Annoncen-Bureau von Haasenstein & Vogler, W. Saalbach, Invalidentank und Rud. Woffe.

Nr. 23.

Schandau, Mittwoch, den 19. März

1879.

Bekanntmachung.

Zu einem am **Geburtsfeste Sr. Majestät des Kaisers** am 22. d. M. Nachmittags 2 Uhr im Forsthaufe abzuhal- tenden **Festdiner** ladet der unterzeichnete Stadtrath im Einverständnisse mit dem Stadtverordneten-Collegium ergebenst und mit dem Bemerken ein, daß Zeichnungslisten bis zum 20. d. M. im Forsthaufe und in der Rathsexpedition ausliegen.

Der Preis des Couverts ist 3 Mark, Musik nicht inbegriffen.
Specielle Einladungen an Behörden oder Private ergehen nicht.
Schandau, am 13. März 1879.

Der Stadtrath.
Timmel, Bürgermeist.

Politische Weltschau.

Die Gerüchte von einer Auflösung des Reichstags, welche ohne Noth unsere innere Lage zu erschweren drohten, sind noch vor Schluß der letzten Woche wieder in ihr Nichts zerfallen, doch muß constatirt werden, daß die Reichsregierung die Abweisung des Strafgewaltgesetzes im Reichstage erster nimmt, wie man vielfach glaubte. Nach officiellen Kundgebungen will die Reichsregierung den Schwerpunkt des Gesetzes nicht in der Beschränkung der parlamentarischen Freiheit, sondern in der Verbannung der socialdemokratischen Agitation aus dem Reichstage, wie solche socialdemokratische Abgeordnete betreiben, gesucht wissen. Dieses so lobenswerthe Bestreben der Regierung kann nun aber leider doch nicht die Bedenken gegen das Strafgewaltgesetz im Reichstage beseitigen, denn nicht das Ziel des Gesetzes wird im Reichstage beanstandet, sondern die Competenz desselben, indem der Reichstag auf Grund der Verfassung seine Hausordnung selbst zu regeln berechtigt ist. Es ist daher zu wünschen, daß der Reichstag aus eigener Machtvollkommenheit Aenderungen in seiner Geschäftsordnung trifft, die im Stande sind, anerkannte Uebelstände im Reichstage zu beseitigen.

In der letzten Plenarsitzung des Bundesraths wurde nach Feststellung des Protokolls der vorigen Sitzung ein Schreiben des Präsidenten des Reichstags, betreffend die Beschlüsse des Reichstags zu dem Gesetzentwurf wegen der Strafgewalt des Reichstags über seine Mitglieder vorgelegt.

Die Commission des Reichstages, welche die Revision der Geschäftsordnung berathen soll, ist bereits constituirt und besteht nebst dem Präsidenten des Reichstages von Forckenbeck aus dem Abg. von Bernuth, als Vorsitzendem, und den Abgeordneten v. Seydewitz, v. Soden, v. Dö, v. Stauffenberg, Freytag, Weigel, Ackermann, v. Schwarze, Graf Bethusy-Huc, Graf Praskma, Schwender und Kloy. Diese Mitglieder der Geschäftsordnungscommission sind aus allen größeren Parteien des Reichstags gewählt und ist daher zu hoffen, daß sie der schwierigen Frage, die Geschäftsordnung zu revidiren, eine gerechte Lösung geben werden.

Im Reichstage und auch in der Budgetcommission machen die Etatberathungen gute Fortschritte, da von einer principiellen Opposition gegen die Budgetforderungen der Regierung im Reichstage keine Rede ist. Bei dem anstandslos bewilligten Militäretat stellte der württembergische Abg. v. Bühler den Antrag, es solle unter Vorantritt Deutschlands eine allgemeine Abrüstung der Großmächte herbeigeführt werden. Nach kurzer Discussion sprach sich jedoch fast der gesammte Reichstag gegen den Antrag aus, da eine allgemeine Abrüstung zur Zeit praktisch undurchführbar sei. Beim Marinetat verlangte der Abg. Hänel Aufklärung über die Affaire des „Großen Kurfürst“, doch verweigerte der Marineminister von Stofch die nähere Aufklärung, da in dieser Angelegenheit das unter der Autorität des Kaisers stehende Kriegsgericht zu entscheiden habe. Ziemlich kurz wurde auch der Antrag des elsässischen Abg. Winterer hinsichtlich einer Umgestaltung des ausschließlich unter der Staatsautorität stehenden Schulwesens in Elsaß-

Lothringen abgethan, indem sowohl die Reichsregierung als auch der Reichstag die betreffende Beschwerde als unbegründet zurückwies. Außer mit den fortgesetzten Etatberathungen beschäftigte sich der Reichstag noch mit einem Gesetzentwurf, betreffend den Schutz nützlicher Vögel, ferner mit einer Vorlage, betreffend internationale Maßregeln gegen die Verbreitung der Reblaus und erledigte außerdem noch eine Anzahl Wahlprüfungen. Von dem Abg. v. Kleist-Neukow wurde ein Antrag bezüglich des Wuchergesetzes in den Reichstag gebracht, nach welchem das Wuchergewerbe bedeutende Einschränkungen erfahren soll. Dieser Antrag findet in conservativen und auch in gemäßigten liberalen Kreisen große Unterstützung, da es keinem Zweifel unterliegt, daß die schädlichen Wirkungen der unbedingten Wuchrerfreiheit einem Theile der Nation große Nachteile bringt und dazu beiträgt, die Gesetzgebung zur Begutachtung von Handlungen zu veranlassen, welche durchaus nicht geeignet sind, das Wohl der Staatsbürger zu befördern. In unterrichteten Kreisen nimmt man an, daß der Antrag wenigstens theilweise die Billigung des Reichstags erfahren wird.

Bezüglich der Besetzung des Reichsgerichts ist man immer noch nicht zu einem definitiven Abschluß gelangt, da es sich noch um Besetzung von zwei Senatpräsidenten und zwei Reichsgerichtsräten handelt. Dieselben sollen namentlich aus Württemberg, Baden und Elsaß-Lothringen hervorgehen. Diese Bundesstaaten wurden von der Regierung aufgefordert, sofort ihre Vorschläge zu machen, weil die Angelegenheit noch vor dem 1. April d. J. zur Erledigung kommen soll.

Nach langem Suchen hat man endlich für das Reichschatzamt ein Oberhaupt gefunden. Es gilt als sicher, daß der bisherige Regierungspräsident in Schleswig und Reichstagsabgeordnete v. Bötticher die Präsidentenschaft des Reichschatzamtes übernehmen wird. Ob Herr v. Bötticher auch ein Finanztalent ist, weiß man freilich nicht zu sagen, da derselbe während seiner früheren Amtshätigkeit größtentheils auf dem Verwaltungsgebiete thätig war. Mehrere Finanzcapacitäten, wie z. B. dem Präsidenten des badischen Finanzministeriums Ellstätter, war indessen die Leitung des Reichschatzamtes vom Reichszanzer angetragen worden, doch lehnten die Herren ab.

Die Zolltarifcommission, welcher die schwierige Aufgabe obliegt, die schwebenden Bismarck'schen Zollpläne zu erledigen, wird, wie von unterrichteter Seite verlautet, bestimmt noch vor Ablauf dieses Monats ihre Berathungen und den Bericht an den Bundesrath beendigt haben, trotz der lebhaften Opposition, welche alle Versuche, Zollerhöhungen einzuführen, zu bekämpfen sucht.

Die Pestgefahr, welche zwei Monate lang Europa in Aufregung erhielt, ist für Rußland und die angrenzenden Länder als nicht mehr vorhanden zu betrachten; da sowohl nach den Mittheilungen der russischen Regierung, als auch nach dem Gutachten der deutschen und österreichischen, in Südrußland weilenden Sanitätscommission seit sechs Wochen Niemand mehr an der Pest erkrankte und die russische Regierung alle Anstrengungen macht, um eine Wiederkehr der Pest

zu verhindern. Zu erwähnen bleibt in Sachen der Pestgefahr noch, daß Rußland, Deutschland und Oesterreich bestrebt sind, eine internationale Seuchencommission zu errichten, welche alle verdächtigen Krankheitsfälle überwachen und sofort die nöthigen Absperrungsmaßregeln veranlassen soll.

Bei Gelegenheit der bosnischen Verwaltungsfrage streitet man sich in Oesterreich-Ungarn wieder um die Auslegung des Ausgleichsvertrags. Die Ungarn behaupten und zwar ohne Unterschied der Parteien, daß der ganze Ausgleich auf dem Principe beruht, daß der gemeinsamen Regierung kein Ländergebiet zur Verwaltung zugewiesen werden dürfe und wie jedes Territorium, das von Oesterreich-Ungarn verwaltet wird, nur dem einen der beiden Staaten angehören müsse. Graf Androssy denkt sich indessen die provisorische Lösung der bosnischen Verwaltungsfrage im Wege der beiden Legislativen so zu erreichen, daß von beiden Parlamenten eine Ermächtigung verlangt werden soll, damit die gemeinsame Regierung eine provisorische Administration in den besetzten Ländern durchführen könne; auf Grundlage dieser Ermächtigung würden dann die Delegationen die Verwaltung parlamentarisch controliren dürfen. Was die Oesterreicher dazu sagen, ist noch nicht bekannt, jedenfalls wird aus der Affaire aber wieder einmal eine eklatante Streitfrage entstehen.

England hat nachgerade herausgefunden, daß das Kriegführen eine fatale Sache ist, und der ehrsüchtige Leiter der englischen Politik, Lord of Beaconsfield, hat alle Hände voll zu thun, um sich in der Gunst der öffentlichen Meinung Englands zu halten. Zum Glück für Lord of Beaconsfield sind in letzter Zeit die Nachrichten von den englischen Kriegsschauplätzen in Asien und Afrika nicht ungünstig, denn mit dem nach dem Tode seines Vaters zum Emir von Afghanistan ausgerufenen Jacub Khan stehen die Engländer in Friedensunterhandlungen und der englische Oberst Pearson will die Zululassen in Südafrika in einem neuen Gefechte besiegt haben.

Der türkisch-griechische Conflict ist neuerdings bedeutend verschärft worden, da der Sultan gar nichts von den griechischen Vorschlägen hören will und erwartet man die baldige Intervention der Großmächte.

Die auf dem Rückmarsche befindlichen russischen Truppen wurden in Nordbulgarien von einer Schaar Türken angegriffen, doch scheint die Affaire nur ein Putschversuch türkischer Einwohner gewesen zu sein, da sonst nirgends weiter Feindseligkeiten ausbrachen.

Aus Neu-Caledonien (Australien) wird gemeldet, daß der gegen die französische Herrschaft ausgebrochene Aufstand seine Beendigung gefunden habe. Ein Telegramm aus dem aufständischen Bezirke berichtet, daß die ganze Colonie beruhigt sei und die aufständischen Stämme sich unterworfen hätten.

Tagesgeschichte.

Sachsen. Schandau. Das sechste und letzte Abonnementconcert, welches Herr Musikdirector Schildbach am vergangenen Sonnabend im Saale des hiesigen Bades veranstaltet hat, besetzte in den